

## **Das Geschäft mit der Zwangsarbeit**

### **Arbeit für alle statt "Ein-Euro-Jobs"**

Seit fünf Jahren gibt es "Ein-Euro-Jobs". Sie gehören zu den Hartz-Gesetzen, die von der damaligen Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen ausgearbeitet und von allen Parteien im Bundestag beschlossen wurden. Nur die PDS (heute Partei "Die Linke") stimmte dagegen.

### **Billige Arbeiter per Gesetz**

Seit Einführung der Hartz-Gesetze ist der Anspruch auf Arbeitslosengeld für unter 50-Jährige nach spätestens 12 Monaten und für über 58-Jährige nach 24 Monaten erloschen. Dann gibt es nur noch Arbeitslosengeld II. Das ist eine Hilfe zum Lebensunterhalt und zu den Kosten für Unterkunft und Energie, mit der niemand auskommt. Das soll so sein. Denn man will die Betroffenen zwingen, jede noch so schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Niedriglöhner freuen die Unternehmer. Und die, die noch einen Arbeitsplatz haben, bekommen Angst und werden ebenfalls billiger und williger. So wird Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen gemacht.

### **Geschäft mit der Zwangsarbeit**

Empfänger von Arbeitslosengeld II werden kaum noch angemessen beraten und vermittelt, obwohl rund 70 Prozent von ihnen eine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Statt dessen werden sie gezwungen, sogenannte Stellen mit Mehraufwandsentschädigung anzunehmen. Die haben eine Laufzeit von bis zu einem Jahr bei ca. 30 Arbeitsstunden pro Woche. Dafür gibt es 130 Euro pro Monat Mehraufwandsentschädigung, mit der Fahrtkosten, Arbeitskleidung usw. bezahlt werden müssen. Das macht pro Stunde etwa einen Euro. Lehnt der Betroffene einen solchen "Ein-Euro-Job" ab oder macht er nicht richtig mit, wird sein Regelsatz um 30 Prozent gekürzt bzw. ganz gestrichen.

"Ein-Euro-Jobs" sind ein glänzendes Geschäft auch in Stuttgart. Das Sozialunternehmen Neue Arbeit beschäftigt Hunderte Arbeitslose z. B. als Putzkräfte. Sie erhalten nur die Mehraufwandsentschädigung, der Kunde bezahlt aber 10 Euro die Stunde. Zusätzlich bekommt das Unternehmen aus Steuergeldern bis zu 500 Euro je "Ein-Euro-Jobber" für den "Verwaltungsaufwand".

### **Arbeitszeitverkürzung jetzt!**

Die DKP unterstützt die Forderung von Gewerkschaften, Erwerbslosenverbänden und anderen nach Umwandlung der "Ein-Euro-Jobs" in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, von denen man leben kann. Aber es geht nicht nur um existenzsichernde Arbeit für "Ein-Euro-Jobber", es geht um Arbeit für alle. Die jährlich

steigende Produktivität der Arbeit ist vor allem der Gewinn einer Minderheit von Kapitalbesitzern. Für immer größer werdende Teile der Bevölkerung bringt sie befristete Beschäftigung, Leiharbeit, Minijobs, Arbeitslosigkeit und Ein-Euro-Jobs. Das darf nicht so bleiben. Die höhere Arbeitsproduktivität muss in Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich umgewandelt werden!

*Aus der Dezemberausgabe von "Stuttgart links",  
der Stadtzeitung der DKP Stuttgart*

---

### **Hartz-IV-Ratschlag der UZ-Redaktion**

*Am Dienstag, den 30. März 2010, findet der nächste Hartz-IV-Ratschlag der UZ-Redaktion statt. Als Themen sind vorgesehen:*

- 1. Gegenwehr gegen Hartz IV entwickeln - Aktionstätigkeit, die Hilfe zur Selbsthilfe organisieren!*
- 2. Kampf gegen Ein-Euro-Jobs*

*Der Ratschlag beginnt um 19.00 Uhr in Essen, Hoffnungstraße 18. Die UZ-Redaktion bittet um Anmeldung bei Werner Sarbok, Tel. 0201 225447 oder per E-Mail an [termine@unsere-zeit.de](mailto:termine@unsere-zeit.de).*

---

 [zurück](#)

[Artikel versenden](#)